Volkswirthschaftliches.

Alle für diesen Theil bestimmten Sendungen sind zu richten an den verantwortlichen Redacteur desselben C. G. Lene in Leipzig. — Sprechzeit: nur von 10—11 Uhr Vorm. und von 4—5 Uhr Nachm.

Telegramme.

HTB. **Berlin**, 10. November. Gestern Abend fand eine von über 200 Personen besuchte Gläubigerversammlung in der Angelegenheit des Ronacher-Theaters statt. Den Vorsitz führte Rechtsanwalt Mankiewitz, der die zwischen dem Lindenbauverein, den Brüdern und der Wittwe Ronacher's abgeschlossenen Verträge erläuterte und dieselben in vielen Puncten für anfechtbar erklärte. Die Passiven betragen etwa 1 Million, die Activen ergeben im Concursfall etwa 200 000 ℳ, so daß kaum etwas für die Gläubiger bliebe. Bis jetzt seien täglich etwa 9000 ℳ eingenommen worden. Bankier Arendt vom Lindenbauverein schilderte die unpraktischen Manipulationen der Gebrüder Ronacher, wodurch der Verein gezwungen worden sei, die Sache in die Hand zu nehmen. Es wurde ein Gläubigerausschuß eingesetzt, der ein außergerichtliches Arrangement anstreben soll. Falls dies bis 1. December nicht erreicht sein sollte, wird der Concurs über das Vermögen der Frau und Brüder Ronacher's eröffnet werden.

HTB. **Frankfurt a. M.**, 10. November. Die „Frankf. Ztg." meldet: Die Bergbaugesellschaft „Phönix" und die Dillinger Werke erwarben von einem Engländer ein Patent für ein Verfahren, Schmiedeeisen durch Zulegung von Kohle u. A. einen beliebigen Grad von Härte oder Weichheit zu geben. Ueber die Erwerbung und Benutzungslicenz haben mehrfache Verhandlungen stattgefunden. Mit einigen Werken sollen bereits feste Abmachungen getroffen sein.

HTB. **Elbing**, 10. November. Die Firma Schichau betheiligt sich an der Weltausstellung in Chicago durch eine Locomotive. Eine dreicylindrige Dampfmaschine der Firma wird bei dem Betrieb der Ausstellung Verwendung finden.

HTB. **Wien**, 10. November. Das Gerücht, die Localbahngesellschaft werde ihre Dividende geringer bemessen als im Vorjahr, und die Regierung habe erklärt, derzeit auf eine Verstaatlichung zu verzichten, ist völlig unbegründet. — Die Verwaltung der Brüxer Kohlengewerkschaft läßt erklären, die Dividende sei nicht höher als mit 8 fl. beabsichtigt, da eine Stärkung der Reserve nöthig sei.

HTB. **Petersburg**, 10. November. Da die in Südrußland angestellten Versuche mit dem Anbau von Baumwolle sehr günstige Resultate ergaben, soll die Baumwollcultur in weiterem Umfang betrieben werden. Besonders geeignet hierzu scheint das Gouvernement Cherson.

Zur Frage der Tabakbesteuerung

sind einige Kundgebungen aus Süddeutschland zu verzeichnen.

Am Sonntag hielten die badischen Tabakpflanzer in Heidelberg eine vom landwirthschaftlichen Verein angeregte Hauptversammlung ab, an der auch der Reichstagsabgeordnete Menzer, sowie der Geh. Hofrath Dr. Nessler-Karlsruhe Theil nahmen. Diese Interessenten beschlossen einstimmig:

1) Der inländische Cigarrentabak kommt bei Berücksichtigung aller auf demselben lastenden Nebenausgaben im Verhältniß seiner Ausgiebigkeit bei der Cigarrenfabrikation nach den heutigen Steuer- und Zollsätzen höher zu stehen als viele ausländische Tabake. Wir halten daher eine Erhöhung des Zolls von 30 ℳ für 100 kg ausländischer Tabake für durchaus nöthig.

2) In besonders trockenen und nassen Jahrgängen nimmt der inländische Tabak trotz aller Sorgfalt und Pflege von Seiten des Landwirths Eigenschaften an, welche seine Verwendbarkeit wesentlich beschränken. Je höher die Steuer ist, um so größer ist die Gefahr, daß in solchen Jahren der inländische Tabak unverkäuflich wird. Eine Erhöhung der Steuer auf inländischen Tabak erachten wir daher für durchaus unzulässig.

3) Die in Folge ungünstiger Witterungsverhältnisse entstehenden sogenannten schweren Tabake sind vielfach nur nach dem Auslaugen zu verwenden; die hierdurch entstehende Gewichtsverminderung beträgt etwa 20 Proc. Durch das Besteuern auch dieser durch Auslaugen zu entfernenden Stoffe wird die Verkäuflichkeit der schweren Tabake vermindert, oft auch aufgehoben. Wir halten es deshalb für eine durchaus gerechte Forderung, daß der Tabak, so, wie er verarbeitet wird, also nöthigenfalls auch in ausgelaugtem Zustande, zur Versteuerung zugelassen wird. Die öffentliche Gesundheitspflege verlangt übrigens auch, daß das Auslaugen der zu starken Tabake gefördert und nicht erschwert werde.

4) Die Rippen werden jetzt zum erheblichen Theil dem Rauchtabak beigemischt. Wenn dieselben steuerfrei vernichtet werden dürfen, so werden an deren Stelle Blätter verwendet; es trägt dies zur Verbesserung des Rauchtabaks wesentlich bei, und unsere schweren, durch Wind oder Hagel beschädigten, der Menge nach an Rippen verhältnißmäßig reichen Tabake können dadurch verkäuflicher gemacht werden. Wir halten es deshalb für geboten, daß die Tabake vor dem Besteuern entrippt und die Rippen steuerfrei vernichtet werden dürfen.

Am Montag fand in Mannheim eine stark besuchte Versammlung der Abtheilung V des Deutschen Tabakvereins statt, um zu der schwebenden Tabakzoll- und -Steuerfrage Stellung zu nehmen. Es wurde nach längerer Discussion einstimmig folgende von dem Vorstande vorgeschlagene Erklärung zum Beschluß erhoben:

„Namens der Cigarren-, Cigaretten-, Rauch-, Kau- und Schnupftabakfabriken und Rohtabakhandlungen der Abtheilung V des Deutschen Tabakvereins, umfassend die Gebiete von Bayern, einschließlich Rheinpfalz, Württemberg, Sigmaringen, Elsaß-Lothringen und Baden, spricht sich die heutige General-Versammlung gegen jede Aenderung der jetzt bestehenden Tabaksteuer- und Zollsätze aus.

Die deutsche Tabakindustrie, in erster Linie die Rauchtabakfabrikation, hat die schädlichen Folgen der letzten Zoll- und Steuererhöhung noch nicht überwunden, ist aber gleichwohl fortgesetzt durch Zoll- und Steuerabänderungsprojecte beunruhigt und in ihrer gedeihlichen Entwickelung geschädigt worden.

„Auch die gegenwärtigen Zoll- und Steuerprojecte wirken bereits in hohem Maße störend auf die Geschäftslage ein. Falls die verbündeten Regierungen unter Zustimmung des Reichstages eine Erhöhung der Tabakzoll- und -Steuersätze eintreten lassen sollten, würde entweder eine Steigerung der Fabrikatpreise oder eine Verschlechterung der Qualitäten und damit zugleich zweifellos ein erheblicher Rückgang des Consums unausbleiblich sein.

Dadurch würde die Tabakbranche in eine schwere Krisis gerathen, welche zahlreiche weniger capitalkräftige Geschäfte ruiniren, die vielen Hülfsgewerbe der Tabak- und Cigarren-Industrie arg beeinträchtigen und Arbeiter-Massenentlassungen herbeiführen würde." —

Schon einige Tage früher fand in Lahr eine von der dortigen Handelskammer geladene Versammlung von Tabakindustriellen statt, welche in 30 Haupt- und 62 Filialbetrieben gegen 7000 Arbeiter beschäftigen. Diese beschloß, sich „auf das Entschiedenste gegen jede Aenderung der Tabak-Zoll- und -Steuersätze, wie überhaupt gegen jede Mehrbelastung des Tabaks zu erklären. Jede steuertechnische Erleichterung dagegen (Verlängerung der Zollcreditfrist, Steuerfreiheit der Rippen) wird die Versammlung mit Freuden begrüßen, sie spricht aber auch hierbei die Erwartung aus, daß der Industrie bei allen einschlägigen Fragen von Seiten der Reichsregierung Gelegenheit zur Meinungsäußerung und zur Mitarbeit gegeben werde."

Geldschränke.

Zur Geschäftseinrichtung der Molkerei-Genossenschaften schreibt Verbandsrevisor Herr Fricke in der „Hann. Landw. Ztg.":

Für die Genossenschaften ist der Besitz eines feuer- und diebessicheren Geldschrankes von außerordentlicher Wichtigkeit, nicht allein wegen Aufbewahrung der Baarbestände, sondern auch zur Sicherheit der Bücher und Geschäftspapiere. Im Allgemeinen ist denn auch das Bestreben, thunlichst bald einen f. Geldschrank anzuschaffen, bei den meisten Genossenschaften vorhanden. Beim Ankauf werden indeß gewöhnlich Fehler gemacht, von denen hier die schlimmsten gezeigt werden mögen.

1) Man glaubt am billigsten zu kaufen, wenn „ein gebrauchter oder alter Schrank" erstanden werden kann. Es wird dabei übersehen, daß der eigentliche Zweck, Sicherheit gegen Feuer und Einbruch, dabei nicht erreicht wird, wenn man nicht mit dem alten Schranke zugleich die Garantie des Fabrikanten erhält. Bezeichnend ist, daß es bereits im deutschen Reiche Firmen geben soll, die „gebrauchte Geldschränke" herstellen, und wenn man die vielen Anpreisungen wegen „gebrauchter" Geldschränke liest, muß man unwillkürlich auf den Gedanken kommen, daß sie entstehen wie die „Menge Reste" zu Anzügen und Kleidern in gewissen Tuchhandlungen.

2) In den meisten Fällen kaufen unsere Genossenschaften den Schrank zu klein und zu unpraktisch eingerichtet. Nach ein Paar Jahren muß ein größerer beschafft werden, und nun zeigt sichs, daß die erste Sparsamkeit Geldvergeudung war.

3) Statt sich an einen reellen Fabrikanten zu wenden und dort unter Garantieleistung denselben zu kaufen, sucht man im Althändlerladen einen billigen Schrank zu kaufen. Ja es sind Fälle vorgekommen, daß eine aus 6 Personen bestehende Commission gewählt wurde, die 45 km weit zur Stadt fuhr und die betreffenden Läden aufsuchte. Natürlich ist der Ankauf dadurch erst recht theuer zu stehen gekommen.

Es ließe sich noch eine Reihe Mißgriffe anführen, es möge indeß genug sein; wir wollen versuchen, jetzt dessen die Grundsätze bei Anschaffung eines Schrankes darzulegen.

a. Man lasse sich nicht durch den hübschen Anstrich, die blanke Vernickelung täuschen; das ist blos äußerlich und fürs Auge, gehört zwar auch mit dazu, ist aber Nebensache. Der Werth des Schrankes liegt hauptsächlich in der Füllung, der Panzerung und der Sicherheit des Schlosses. Das sind Sachen, die man vom bloßen „Besehen" nicht herausfinden und entscheiden kann. Geldschrank-Kauf ist genau solche Vertrauenssache wie die Anschaffung einer Uhr, bei beiden Gegenständen liegt das Hauptwerk „innerlich" und ist nur durch den Fachmann zu erkennen und zu beurtheilen.

b. Ein Schrank, der nicht die weitgehendste Sicherheit gegen Feuer und Einbruch gewährt, einer von jener Sorte, den ein kräftiger Schlosser mit der Blechscheere auseinander schneidet oder der im Feuer zusammenschmilzt, ist geradezu eine viel schlimmere Gefahr für die Genossenschaft, als wenn überhaupt kein Schrank da wäre; denn dann würde man Bücher und Geld beim Ausbruch eines Feuers zu retten suchen, während man im Vertrauen auf den Schrank die Bücher dort ließe.

Die Genossenschaft verwaltet fremdes Vermögen und muß daher doppelt vorsichtig sein.

Kainit.

Während man ehemals den Culturstandpunct eines Volkes nach dem Verbrauche irgend eines Genußmittels oder der Seife oder eines sonstigen unentbehrlichen Gegenstandes zu beurtheilen liebte, könnte man heute mit viel größerem Rechte die Art des landwirthschaftlichen Betriebes und die Verwendung künstlicher Düngemittel dafür als Gradmesser ansehen. Es ist bekannt, daß zur gehörigen Ausnutzung des Bodens für landwirthschaftliche Zwecke heute die verschiedensten künstlichen Hülfsmittel Anwendung finden. Die wichtigsten sind hierbei die künstlichen Düngemittel, unter denen der Kainit so, wie er gefunden wird, ohne jede weitere Verarbeitung, im Verhältniß zum Preise das Wirksamste ist.

Es giebt in Europa zwei Hauptfundstätten des Kainits; die eine liegt bei Kalusz in Galizien, leidet aber an schwerer Zugänglichkeit und wird deshalb nur in geringem Maße ausgebeutet; anders ist dies mit der zweiten Fundstätte im Herzen von Norddeutschland der Fall. Versorgt hier die Steinsalzproduction zu Staßfurt schon seit mehr denn 20 Jahren nicht nur ganz Deutschland, sondern auch das Ausland weit und breit mit dem unentbehrlichen Gewürz aller möglichen Speisen, so dienen die daneben gewonnenen Kalisalze einerseits den zahlreichen chemischen Fabriken zur Herstellung von Chlorkalium, Pottasche und sonstigen wichtigen Chemikalien, andererseits aber der Landwirthschaft als Düngemittel, unter denen der Kainit wegen seiner vortrefflichen Eigenschaften besonders hervorragt.

Der Kainit leistet besonders für die Urbarmachung des Moor- und des leichten Sandbodens unerheblische Dienste und hat deshalb im Inlande wie im Auslande schnell weite Verbreitung gefunden. Die rapide Zunahme seiner Förderung giebt hierfür einen deutlichen Beleg. Zu Anfang der 70er Jahre wurden jährlich erst rund 25 000 t gewonnen; dieses Quantum stieg 1877 auf 31 742 t im Werthe von 450 841 ℳ und nahm später wie folgt zu:

1880	137 425 Tonnen	zu	1 765 676 ℳ
1882	141 272	„	2 032 038 „
1884	208 120	„	2 889 606 „
1886	240 421	„	3 523 014 „
1888	318 576	„	4 666 063 „
1890	361 827	„	5 139 759 „
1891	472 256	„	6 807 000 „

Während die Menge sich also seit 1880 um das Dreiundeinhalbfache steigerte, nahm der Werth auf das Vierfache zu, ein Zeichen, daß die Gewinnung des Kainits neuerdings lohnender geworden ist.

Bei dem Verbrauche unserer Staßfurter Düngesalze seitens des Auslandes stehen die Vereinigten Staaten von Nordamerika an der Spitze; Großbritannien nimmt die zweite Stelle ein, Schweden die dritte, dann folgen Frankreich, Belgien, die Niederlande, Rußland, Oesterreich-Ungarn ꝛc. Die Ausfuhr der Staßfurter Abraumsalze stellte sich in den letzten drei Jahren folgendermaßen:

1889	1 428 257 D.-Ctr.
1890	1 121 227 „
1891	1 569 002 „

Im letzten Jahre gingen allein 775 505 D.-Ctr. nach den Vereinigten Staaten, 374 794 D.-Ctr. nach Großbritannien; ferner erhielt Schweden 185 487, Frankreich 53 427, Belgien 49 458 D.-Ctr. ꝛc.

Unzweifelhaft stellen die Kalisalzlagen in der Umgebung von Staßfurt einen Schatz von hoher nationaler Bedeutung dar, der vor Allem aber der heimischen Landwirthschaft nutzbar gemacht und dann erst an das Ausland abgegeben werden sollte. (D. Volksw. Corr.)

Vermischtes.

Leipzig, 10. November.

*— Deutsche Reichsbank. Nach dem uns heute zugegangenen Ausweise der Deutschen Reichsbank hat in der ersten Woche des laufenden Monats ein beträchtlicher und größerer Rückfluß als in der gleichen Zeit im Vorjahre in die Cassen des Institutes dadurch stattgefunden, daß der Bestand an Wechseln sich um 33 544 000 ℳ (1891 28 247 000 ℳ) verringerte und gleichzeitig die Lombardforderungen um 2 542 000 ℳ (1891 2 315 000 ℳ) zurückgegangen sind. Dagegen hat freilich der Metallbestand eine weitere Abnahme um 12 602 000 ℳ — gegen 1 865 000 ℳ Zunahme im Vorjahre — erfahren. Derselbe beträgt augenblicklich 852 352 000 ℳ gegen 904 076 000 ℳ zur gleichen Zeit im Jahre 1891. Der Betrag der in Umlauf befindlichen Noten ermäßigte sich um 12 618 000 ℳ (1891 19 900 000 ℳ), während die Giroverbindlichkeiten gleichfalls um 30 629 000 ℳ (1891 11 270 000 ℳ) geringer geworden sind. Die steuerfreie Notenreserve, die sich am 31. October auf 112,09 Millionen Mark stellte, hat sich auf 118,88 Millionen Mark erhöht. Am 7. November 1891 betrug dieselbe 218,39 Millionen Mark.

*— Actien-Malzfabrik Löbau. Die Bilanz pro 1891/92 schließt nach Abschreibungen in Höhe von 11 388,44 ℳ mit einem Verlust von 50 041,30 ℳ bei einem Actiencapital von 350 000 ℳ ab.

*— Die Altenburger Spielkartenfabrik beruft eine General-Versammlung zum 6. December d. J., um über Liquidation der Gesellschaft beschließen zu lassen.

✝ **Berlin**, 9. November. Unter den Linden Bauverein. Schon in der vorjährigen General-Versammlung erregte das Auftreten des Actionairs Lindner allgemeine Unzufriedenheit, indem die Versammlung dadurch trotz 4½stündiger Dauer vollständig gehindert war, die Bilanzposten-Zukunft des Unternehmens und alle die wichtigen Fragen, welche jeden Actionaire interessiren, zu besprechen. In der bevorstehenden General-Versammlung wird Herr L. seine frühere Rolle fortsetzen und dabei von dem Schwiegervater des Alois Ronacher secundirt werden, dem Mitgliede des Aufsichtsrathes Herrn Salinger. Letzterem wird Niemand einen heftigen Groll gegen die Verwaltung des Vereins verdenken, hat sie doch den Ronachers die gesammten Sachen mit Arrest belegt und ihnen schließlich die selbstständige Wirthschaft abgenommen. Dies war zwar zum Schutze der Actionaire unumgänglich nothwendig, indessen keineswegs nach dem Geschmacke des Ronacher und seines Schwiegervaters, so daß die Antipathie dieser Herren gegen die Direction des Bauvereins vom menschlichen Standpunct begreiflich. Unbegreiflich ist dagegen, daß Actionaire sich diesen Bestrebungen anschließen und Opposition machen, wo die Direction nur im besten Interesse der Actionaire handelte. Das Unternehmen ist freilich bis jetzt herzlich schlecht gegangen; Dividenden sind nicht erzielt, die Actien enorm gefallen, so daß jeder Actionair dabei viel Geld verliert. Daß unter solchen Umständen keine sonderliche Zufriedenheit mit der Verwaltung besteht, ist natürlich und eine Opposition auch berechtigt. Diese darf sich aber nicht zum Werkzeuge von Personen machen, welche nicht sachlich das Beste der Gesellschaft, sondern lediglich ihre besonderen persönlichen Vortheile auf Kosten der Actionaire erstreben. Große Schreier reißen zuweilen in den General-Versammlungen durch geschickt geberdete Reden die Uneingeweihten mit sich und stiften dadurch großes Unheil. Die Actionaire werden gut thun, die General-Versammlung vom 15. November persönlich zu besuchen und nicht sich durch Leute vertreten zu lassen, welche eine verkehrte Opposition treiben.

*— Actien-Bauverein Unter den Linden. Ueber die Ronacher-Krisis macht der „Conf." folgende Mittheilungen: Die Gebr. R. hatten zu viel Verpflichtungen auf einmal übernommen, unter Anderem waren dem Möbellieferanten in Prag bis zur Deckung seiner Forderung tägliche Zahlungen von 2000 ℳ zugesagt worden, die noch vor Kurzem auf 1000 ℳ ermäßigt wurden. Wenn der Linden-Bauverein nicht zu verschiedenen Malen die Gagen vorgeschossen, hätte nicht weiter gespielt werden können. Die größten Gläubiger sind: Möhrs in Prag, der 600 000 ℳ für Möbel zu fordern und bis jetzt ca. 60 000 ℳ erhalten hat, ferner die große Möbelfabrik von Thonet in Wien, dann Kramme, Berlin, der die Erleuchtungsanlagen gemacht hat. Von Weinlieferanten ist u. A. Matthäus Müller betheiligt. Indirect sind Böhmische Bankinstitute betheiligt, und zwar mit größeren Summen. Kleinere Summen von 5000 bis 10 000 ℳ haben viele hiesige Firmen und Künstler zu fordern. Um die kleinen Gläubiger befriedigen zu können, hat der Linden-Bauverein von Neuem 50 000 ℳ vorgeschossen. Die Gesammtschulden der Gebr. Ronacher betragen 1 200 000 ℳ.

*— Differenz-Einwand und Börsen-Enquête. Der bereits erwähnte Artikel der „Köln. Ztg." erkennt an, daß sich eine scharfe juristische Trennung der Kennzeichen zwischen berechtigtem und unberechtigtem Zeitgeschäft nicht vornehmen lasse. Insbesondere sei die Lösung durch Differenzzahlung als Merkmal ungeeignet, da diese bei fast allen, auch den reellsten Geschäften vorkommt und nur nach der Fähigkeit hierzu sich die Zahlungsfähigkeit bestimmen kann, die bloße, dem anderen Theile bekannte Unfähigkeit zu wirklicher Erfüllung auch keineswegs mit Sicherheit auf bloße Spielabsicht schließen läßt. Die Beschränkung auf den Grundsatz von Spiel und Wette schließe überdies die Berücksichtigung der gemachten und endgiltig geregelten Gewinne und ihre Rückforderung aus. Dann fährt das Blatt fort: Gegenüber allen diesen Wahrnehmungen ist nun die Commission zu der Ueberzeugung gelangt, daß der bisher eingeschlagene Weg der Anwendung des Grundsatzes von Spiel und Wette verfehlt ist, daß vielmehr versucht werden muß, den bisherigen Ausschreitungen und Auswüchsen in umfassenderer, zugleich das Zeit- und das Cassageschäft sowie das Prämiengeschäft berücksichtigender Weise entgegenzutreten und dafür das wirthschaftlich gerechtfertigte Zeitgeschäft vor Rechtsunsicherheit zu bewahren. Diesen Versuch will man auf doppeltem Wege unternehmen. Zunächst soll im Strafgesetzbuch ein neuer Thatbestand aufgestellt werden, wonach mit strenger Strafe belegt werden soll, wer den Leichtsinn und die Unerfahrenheit eines Dritten in einem Umfange, die dessen wirthschaftlichen Verderb zur Folge haben kann, zum Abschluß von Speculationsgeschäften durch Verleitung, Vermittelung oder Abschluß ausbeutet. Daneben aber soll, und zwar unabhängig von einer solchen Bestrafung, jede civilrechtliche Wirkung aus Geschäften, die auf Grund eines solchen Thatbestandes abgeschlossen worden sind, ausgeschlossen, vor Allem also auch das auf Grund solcher Geschäfte Bezahlte zurückgefordert werden." Die „Frkf. Ztg." bemerkt sehr richtig dazu: Die Absicht, der Verleitung zum Börsenspiel Schranken zu setzen und dabei doch den Mißbrauch fernzuhalten, den gewissenlose Spieler im Verlustfalle mit dem Differenzeinwand treiben können, verdient gewiß Beifall und Förderung. Offene Frage scheint uns aber vorerst, ob es gelingen wird, für den obigen Vorschlag eine Fassung zu finden, welche verhütet, daß auch diese Bestimmung wiederum und vielleicht noch wirksamer in ähnlicher Weise mißbraucht werden könnte wie jetzt der Differenzeinwand.

*— Zum Verbot der Lombardirung russischer Papiere schreibt der „B. B.-C.": „Naiv ist, was die „Hamburger Nachrichten" von dem Verbot der Lombardirung der russischen Werthe bei der Reichsbank sagen, ebenso naiv und ebenso thatsächlich unrichtig. Die deutschen Capitalisten hatten seiner Zeit durchaus nicht das Bestreben, sich von den russischen Werthpapieren „freizuhalten", sondern es wurde durch einen wohlorganisirten officiösen Federkrieg der deutsche Capitalist so lange gezwungen, bis er seinen Besitz an russischen Werthen unter schwerem Verlust abgab. Es wurde Angstpolitik getrieben, und der Erfolg war der, daß das deutsche Capital Hunderte von Millionen einbüßte, die das französische Capital durch Aufnahme der russischen Werthe gewann. Jenes Verbot war durchaus nicht von der Fürsorge für die eigenen Unterthanen und den Schutz vor Geldverlusten eingegeben, sondern es war eine rein politische Maßregel, die den Zweck hatte, Rußland so schwer als möglich zu verstimmen. Damit man dies deutlich erkenne, erinnern wir daran, daß das erwähnte Verbot von dem Reichskanzler erlassen worden ist, ohne daß er auch nur bei den zuständigen Finanzbehörden, bei dem Reichsbank-Directorium deswegen angefragt oder mit diesem sich ins Vernehmen gesetzt hätte. Das Verbot kam dem Directorium der Reichsbank genau so überraschend wie jedem Privaten. Dadurch kennzeichnet es sich als eine politische, nicht als eine Finanzmaßregel. Außerdem kam dieses Verbot gerade in dem Augenblick, in welchem Zar Alexander III. von Rußland zum Besuche Kaiser Wilhelm's I. hier angelangt war. Man hat dies in Rußland als eine beabsichtigte Beleidigung, zum Mindesten als eine beabsichtigte Kränkung des Zaren aufgefaßt, und wir wüßten in der That nicht, wie man eine andere Auffassung hätte haben sollen."

n. Die Weizenausfuhr und auch die Mehlausfuhr Deutschlands nach Großbritannien sinkt immer mehr, wie folgendes Zahlenbild erkennen läßt. Es sind zur Ausfuhr gekommen in englischen Centnern:

	Weizen	Mehl		Weizen	Mehl
1878	5 117 995	1 114 852	1885	1 980 236	1 415 171
1879	3 613 878	915 133	1886	1 316 646	811 737
1880	1 599 143	977 617	1887	1 551 728	588 276
1881	1 361 402	1 387 939	1888	3 279 457	1 105 426
1882	3 080 101	1 987 720	1889	2 537 990	1 153 859
1883	2 871 095	1 928 170	1890	1 100 848	894 838
1884	1 090 188	1 746 514	1891	714 460	364 476

Im Ganzen führte Großbritannien aus allen Ländern ein:

1878	49 906 484	7 828 079	1891	66 312 962	16 723 008

Hiervon entfielen auf die nordamerikanische Union:

1878	29 060 809	3 621 881	1891	24 194 955	13 703 035

Es wird sonach immer mehr Mehl als Körner eingeführt.

*— Locomotiven- und Wagenbedarf der preußischen Staatsbahnen. Der rechnungsmäßige Abgang an Betriebsmitteln der preußischen Staatsbahnen ist für das Etatsjahr 1893/94, wie der „Berl. Act." erfährt, auf 371 Locomotiven, 217 Personenwagen und 3083 Gepäck- und Güterwagen ermittelt. Bei der Neubeschaffung von Betriebsmitteln wird indeß, auch abgesehen von den größeren Ansprüchen an die Leistungsfähigkeit derselben, stets auch auf eine Vermehrung des Materials gehalten. So sind in dem Eisenbahn-Etat für 1892/93 statt der rechnungsmäßig in Abgang kommenden 299 alten 404 neue Locomotiven, 206 alten 414 neue Personenwagen, 2890 alten 3993 neue Gepäck- und Güterwagen, also 105 Locomotiven, 208 Personenwagen und 1103 Gepäck- und Güterwagen mehr, als voraussichtlich zur Ausmusterung gelangen, vorgesehen. Auch für das Etatsjahr 1893/94 dürfte eine namhafte Vermehrung der Betriebsmittel über den Abgang hinaus in Aussicht genommen werden. Die Beschaffungen für 1892/93 beziffern sich anschlagsmäßig auf 36 111 000 ℳ und für 1893/94 dürften dieselben 38 000 000 ℳ überschreiten.

*— Die Geschäftshäuser Herrmann Gerson und Gerson & Co. in Berlin sind nunmehr vereinigt worden und werden von heute an unter der Firma Herrmann Gerson, Commandit-Gesellschaft auf Actien, fortgeführt. Der Verkauf findet in den bisherigen Localitäten bis 1. Januar 1893 unverändert statt.

✝ Actienbrauerei Friedrichshain in Berlin. Die Besitzer von industriellen Actien sind es gewöhnt, daß die Dividenden derselben schwanken, und zwar in der letzten Zeit abnahmen. Wenige Gesellschaften machen durch die Gleichmäßigkeit ihrer Dividenden hiervon eine rühmliche Ausnahme, und muß man unter letzteren die Brauerei Friedrichshain als ein hervorragendes Beispiel erwähnen. 1869 gegründet, zahlte die Gesellschaft in der ersten Zeit 5—8,25 und 6 Procent Dividende, dann 13 Jahre hindurch ununterbrochen gleichbleibend 9 Procent, so daß die Actionaire sich allmälig daran gewöhnt hatten, wie bei einem Staatspapiere stets dieselbe Einnahme zu beziehen. Unstreitig wäre es in einzelnen Jahren möglich gewesen, etwas mehr zu vertheilen, indessen hielt die Direction die Gleichmäßigkeit den Actionairen viel ersprießlicher, als ab und zu ein Procent mehr, auf welches sie nicht dauernd rechnen konnten. Für das Jahr 1886 trat dann eine Veränderung ein, indem der Director Siegmann diesmal die Actionaire mit dem Antrage, 10 Proc. Dividende zu vertheilen, überraschte. Herzlich gern wurde derselbe einstimmig angenommen, in der Erwartung, daß fortan regelmäßig 10 Proc. weiter gegeben werden würden, und daß die Direction jene Erhöhung nur vorgeschlagen, weil sie inzwischen eine merkliche Steigerung des Ertrages dauernd gesichert habe. Diese Erwartung erfüllte sich, indem wiederum 4 Jahre hinter einander 10 Proc. gegeben wurden. Der Cours der Actien hob sich über 200 Proc. und schwankte wenig. Das Ziel, welches sich Siegmann gesteckt hatte, der Industrie-Actie den Charakter eines Staatspapieres zu geben, schien glänzend erreicht. Erst 1890 trat eine Aenderung ein und zur tiefen Verstimmung aller Actionaire wurden jetzt nur 5 Proc. Dividende in Vorschlag gebracht. Die Gesellschaft hatte die damalige Mode mitgemacht und glänzende Ausschankslocale eingerichtet, ohne sich um die bewilligten Miethspreise und die Kosten der inneren Ausstattung sonderlich zu kümmern. Die Losung war: gleichgiltig ist, was es kostet, nur schön und großartig muß das Local sein. Die Berliner Brauereien suchten sich damals unter einander, und ganz besonders ihre eben eindringenden Münchener Concurrenten an Pracht zu überbieten. Siegmann war dabei sehr stark ins Zeug gegangen und schuf namentlich auf dem Grundstücke der Brauerei selbst einen Prachtbau, statt des bisherigen, freilich ziemlich unansehnlichen Ausschanklocales. Das Gebäude-Conto wuchs dadurch von 1 117 081 ℳ in 1888 auf 2 096 274 ℳ in 1891, also um rund 1 Million. Desgleichen ließ er sich antheilig bei einer Ausschank-Societät Belvedere mit 400 000 ℳ betheiligen und brachte es dadurch bald so weit, daß die Hypothekenschuld von 180 000 ℳ in 1888 jetzt auf 2 390 000 Mark gewachsen ist, den Gewinn aufzehrt, und die Actionaire für 1890/91 4 Proc., jetzt gar keine Dividende bekommen. Der Aufsichtsrath hält es nothwendig, den kleinen Gewinn in ein Ausschank-Reserve-Conto zu legen, zum Schutz gegen die bei Auflösung der Miethscontracte später sich ergebenden Verluste. Am gleichen Tage, wo dies traurige Resultat bekannt wurde, erfuhr man, daß die Wiesbadener Kronenbrauerei, eine wenig renommirte Gesellschaft, die 1890/91 mit 123 296 ℳ Fehlbetrag schloß, im vergangenen Jahre 57 744 ℳ Gewinn erzielte. Wie die Wirthschaft, so der Ertrag.

*— Berliner Actiengesellschaft für Eisengießerei und Maschinenfabrikation in Charlottenburg. Der Bericht über das Geschäftsjahr 1891/92 äußert sich u. A. wie folgt: Die Production betrug 15 653 t Gußwaaren gegen 14 303 t in 1890/91, davon facturirt: 13 873 t im Werthe von 2 221 903 ℳ gegen 14 213 t im Werthe von 2 599 578 ℳ in 1890/91. Das Mehr der Production gegen das abgesetzte Quantum geht als Bestand, theils als bestellt, theils als Vorrath, in das neue Geschäftsjahr über. Arbeiten der Maschinenbauabtheilung sind facturirt worden für: 624 580 ℳ gegen 774 653 ℳ in 1890/91. Der Bruttogewinn aus beiden Betriebsabtheilungen beläuft sich auf 580 067 ℳ, wovon zu kürzen sind: 105 827 ℳ allgemeine Unkosten, als Gehälter, Steuern ꝛc., 12 750 ℳ Hypothekenzinsen, 3793 ℳ Assecuranzprämien, 9854 Mark Gebäudeunterhaltungen, 12 045 ℳ Fuhrwerksbetrieb, bleiben 435 796 ℳ gegen 482 985 ℳ in 1890/91. Von diesem Betrage sind abzusetzen, nachdem die neu gefertigten Modelle im Betrage von 26 149 ℳ und 3080 ℳ für Instandhaltung von Maschinen und Vermehrung der Werkzeuge auf Betriebsunkosten verrechnet worden sind: 7324 ℳ = 1 Proc. Abschreibung auf Fabrikgebäude, 3465 ℳ = 7½ Proc. Abschreibung auf Maschinen, 22 850 ℳ = ca. 24 Proc. Abschreibung auf Utensilien, 1250 ℳ den Zugang auf Fuhrpark, verbleiben 400 905 ℳ, davon ist der Reservefonds mit 20 045 ℳ = 5 Proc. zu dotiren, und ferner sind zu zahlen: 17 942 ℳ Tantièmen, Gratificationen und Beitrag zum Pensionsfonds 22 000 ℳ, dazu der Vortrag von 5185 ℳ aus dem Vorjahre, ergiebt 331 161 ℳ vertheilbaren Reingewinn gegen 377 185 ℳ im Vorjahre.

*— Actiengesellschaft für Bergbau und Tiefbohrung zu Goslar. Der Aufsichtsrath hat eine weitere Einzahlung von 25 Proc. auf die Interimsscheine der Actiengesellschaft für Bergbau und Tiefbohrung zu Goslar per 25. d. M. beschlossen.

*— Mühlenbauanstalt, Maschinenfabrik und Eisengießerei vormals Gebr. Seck in Darmstadt. Aus Bukarest berichtet der „Rum. Lloyd": Der Generalvertreter Herr Moritz Sohr, welcher gestern vom Ausland hier eintraf, wurde in seiner Wohnung im Hotel de France auf Anordnung der Staatsanwaltschaft verhaftet und zur Polizei gebracht. Sein Gepäck, sowie sämmtliche vorgefundene Correspondenzen wurden mit Beschlag belegt. Es circuliren mehrfache Gerüchte über die Ursache dieser Verhaftung, und zwar auch dasjenige, wonach Sohr den Versuch gemacht hätte, einen höheren Staatsbeamten zu bestechen. Auch der Ingenieur des Seck'schen Etablissements, Bohrmann, wurde vor den Untersuchungsrichter citirt.

*— Victoriabrauerei Actiengesellschaft zu Bochum. Nach Abschreibungen von 69 656,79 ℳ gelangt für das Jahr 1891/92 eine Dividende von 4 Proc. zur Vertheilung.

*— Die Zuckerfabrik Bennigsen erlitt 1891/92 im landwirthschaftlichen Betrieb einen Verlust von 37 961 ℳ, während die Fabrik einen Ueberschuß von 92 309 ℳ erzielte. Auf das Actien-Capital von 683 100 ℳ werden 5 Proc. Dividende vertheilt. Das neue Jahr stellt ein bedeutend besseres Erträgniß in Aussicht.

*— National-Actien-Bierbrauerei Braunschweig, vormals F. Jürgens. In der am 8. d. M. in Braunschweig abgehaltenen Aufsichtsrathssitzung gelangte die Bilanz für das verflossene Geschäftsjahr zum Vortrage. Bei einer Bierbrauung von 69 624 hl gegen 57 647 hl im Vorjahre zeigt die Bilanz einen Gewinn von 231 447,51 ℳ gegen 131 186,20 ℳ. Die Abschreibungen, wie gewöhnlich reichlich bemessen, absorbiren 70 313,41 ℳ, als Dividende werden 132 000 ℳ = 10 Proc., gegen 7 Proc. im Vorjahre, vertheilt und 7201,09 ℳ werden auf neue Rechnung vorgetragen. Die Reserven betragen 580 000 ℳ = 45 Proc. des Actiencapitals und bedürfen keiner Verstärkung. Die General-Versammlung findet am 14. Januar nächsten Jahres statt.

*— Wolbegter Actien-Zuckerfabrik. Unter dieser Firma hat sich eine Actien-Gesellschaft gebildet, deren Grundcapital 600 000 ℳ beträgt und in 600 Actien à 1000 ℳ zerfällt. Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und der Betrieb einer Fabrik zur Fabrikation von Zucker aus Runkelrüben. Die Zeitdauer der Gesellschaft ist unbestimmt.

ξ Der Breslauer Consumverein hat dieser Tage sein 52. Waarenlager eröffnet, gedenkt es aber nunmehr bei dieser Zahl, welche der der Wochen im Jahre gleichkommt, bewenden zu lassen, wenigstens vorläufig. Er hat in diesem Jahre allein so viele neue Lager errichtet, als in den 10 Jahren von 1882—1891 zusammen.

⊙ **Aus Bayern**, 9. November. Die bekannte Rede des Prinzen Ludwig in der Reichsrathskammer über die Hebung der Fluß- und Canalschifffahrt in Bayern hat schon eine Frucht gezeitigt. Die Regierung hat Kostenanschläge für die Legung der Mainkette bis Bamberg anfertigen lassen. Darnach würde die Ausbaggerung, die Ablösung der Fähren und die Kette 5 Millionen Mark kosten. Bei der letzten Legung der Kette bis Bürgstadt durch die Gesellschaft Mainkette ist bereits vereinbart worden, unter welchen Bedingungen sie der Staat übernehmen kann. — Die von den Gärtnern Bambergs veranstaltete Erntefest-Ausstellung ist heuer sehr reichhaltig, zumal die Ernte sehr befriedigend ausgefallen ist.

*— Die Cholera und der Waarenverkehr. Im Wege der deutschen Botschaft in Wien hatte das deutsche Auswärtige Amt Beschwerde darüber geführt, daß zufolge ihm zugekommener zahlreicher Reclamationen deutscher Versender von für Serbien, Rumänien und Bulgarien bestimmten Waaren, deren Einfuhr in diese Länder gestattet ist, wie Confectionen, Leinen- und Baumwollwaaren, leonische Gespinnste, Chocolade ꝛc., mit Berufung auf angebliche, in den gedachten Balkanländern bestehende Einfuhrverbote, die Weiterbeförderung verlagt wird. Daraufhin hat das österreichische Handelsministerium an die Bahnen einen Erlaß gerichtet, in welchem dieselben angewiesen werden, dieses Vorgehen abzustellen, nachdem die Bahnen nicht berufen sind, bei Handhabung der seitens fremder Staaten erlassenen Einfuhrverbote, selbst in Fällen der factischen Uebertretung solcher Verbote durch in- oder ausländische Versender thätig mitzuwirken und da weiter die Interessen der Bahnen angesichts der Haftbarkeit des Versenders nicht gefährdet werden.

*— Oesterreichischer Lloyd. Zur Erhöhung der Rentabilität des indo-chinesischen Dienstes beabsichtigt die Verwaltung des Oesterreichischen Lloyds, die Fahrten auf der Zweiglinie Singapore-Sourabaya, welche sich als durchaus unrentabel herausgestellt haben, aufzulassen und dafür zwei directe Fahrten Triest-Kalkutta einzurichten. Selbstverständlich gehört zu einer solchen Aenderung die Genehmigung des österreichischen Handelsministeriums, welche jedoch nicht verweigert werden dürfte, weil die Unrentabilität jener Linie erwiesen ist und der Lloyd die Uebernahme der Sendungen nach Niederländisch-Indien ab Singapore durch eine niederländische Schifffahrts-Gesellschaft sichergestellt hat. — Eine wichtigere Verfügung, welche mit nächstem Jahre in Wirksamkeit zu treten hätte, betrifft die Verlängerung der Linie Triest-Shanghai bis nach Japan. Vorläufig ist die Benutzung des Hafens von Kobe auf vier solchen Fahrten vorgesehen. Mit dieser Erweiterung wäre den vielfach kundgegebenen Wünschen der Ausdehnung der österreichischen Schifffahrtslinien bis Japan Rechnung getragen und wird auch der Lloyd durch Heranziehung des Reistransportes eine größere Rentabilität seines indo-chinesisch-japanischen Dienstes erhoffen können.

*— Zur Ministerkrisis in Ungarn. Auf die wirthschaftlichen Verhältnisse der beiden Reichshälften muß die Ministerkrisis in Ungarn und speciell auf den Fortgang der Valutaangelegenheit zurückwirken. Es ist selbstverständlich, daß die sonst sehr lebhafte Thätigkeit Dr. Wekerle's durch die Existenzfrage, vor